

5. Oktober 2006

Farbenlehre: Gelb unterstützt Rot-Rot gegen Grün

Von Thomas Fülling

Mitte Die politische Farbenlehre in Berlin bekommt eine neue Facette. Während die Liberalen auf Landesebene zu den schärfsten Kritikern von Rot-Rot gehören, formiert sich im Bezirk erstmals ein Bündnis aus SPD, PDS und FDP. Formal wird es zwar nur eine zweiseitige Vereinbarung der FDP mit der SPD geben. Doch die schließt zeitgleich ein Arrangement mit der PDS.



Stadtrat Christian Hanke (SPD, l.) und FDP-Bezirkschef Henner Schmidt

Die Dreier-Allianz soll - wenn nötig auch als Zählgemeinschaft - die Wahl des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden und bisherigen Sozialstadtrats Christian Hanke zum neuen Bürgermeister von Mitte sichern. Zugleich wird für die kommenden fünf Jahre aber auch eine stabile Mehrheit angestrebt. In der neu gewählten Bezirksverordneten-Versammlung (BVV) verfügen SPD, PDS und FDP zusammen über 29 der 55 Sitze.

Für den FDP-Bezirksvorsitzenden und künftigen Vertreter der Liberalen im Landesparlament, **Henner Schmidt**, ist das ungewöhnliche rot-rot-gelbe Bündnis kein politischer Tabubruch: "Kiezpolitik ist eben eine ganz andere Geschichte." Es sei gelungen, mit SPD und PDS wichtige inhaltliche Übereinstimmungen zu erzielen. **Vor allem war es der FDP aber darum gegangen, den Grünen einen erneuten Zugriff auf das Ressort Bauen und Stadtentwicklung zu verwehren.** "Uns ist es wichtig, dass wir weniger Bürokratie im Bezirk haben", so Schmidt.

Noch deutlicher wird da **FDP-Landeschef Markus Löning**: In Mitte seien Investoren und Gewerbetreibende von der von den Grünen nominierten Stadträtin Dorothee Dubrau verprellt worden. Die Auseinandersetzung um den Bundespressestrand sei dafür nur ein Beispiel. **"Wenn es uns gelingt, Dubrau II zu verhindern, ist das ein wichtiger Erfolg für uns."** In den Bezirken müsse man sich an Sachfragen orientieren. "Da sollte man die Dinge nicht so ideologisch behandeln", so Löning.

Für die FDP ging es noch um mehr. Nach dem schwachen Abschneiden bei der Wahl mit nur drei statt bislang fünf Verordneten in der BVV vertreten, hat die Partei formal keinen Anspruch, Bürgerdeputierte in Ausschüsse zu entsenden. Auch dies sei ihnen von der SPD nun zugestanden worden. Die Vereinbarung soll bis Freitag unterzeichnet werden.

5.10.2006

In Mitte ist politisch nichts unmöglich

Nach fünf Jahren Bündnis mit CDU, PDS, Grünen im Regierungsbezirk wollen jetzt Sozialdemokraten mit Sozialisten und Liberalen kooperieren

In Mitte prallen Welten aufeinander: flanierende Touristen, gestresste Politiker im Regierungsviertel, Szenegänger, Nachtschwärmer, aber auch viele Arbeitslose, Migranten, Hartz-IV-Empfänger oder Jugendliche ohne Berufsperspektive. Inmitten dieser Antagonismen thront das Bezirksamt, in dem nicht weniger gegensätzliche politische Kräfte seltene Einigkeit demonstrieren. In dem Bezirk, der neben Kanzleramt und Bundestag auch den Problemstadtteil Wedding und den grünen Tiergarten beheimatet, blühen bizarre politische Verbindungen, die auf Landes- oder Bundesebene undenkbar wären. Das 2001 kreierte bunte Bündnis aus CDU, Grünen, FDP mit Tolerierung der PDS soll jetzt von einer nicht minder illustren Konstellation aus SPD, Linkspartei und FDP abgelöst werden.

Die SPD kommt in Mitte auf 19 Sitze, die Linke auf sieben und die FDP auf drei. Macht 29 und damit einen Sitz mehr als die Mehrheit, die in jedem Bezirk bei 28 von 55 Sitzen in einer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) liegt. Selbst wenn sich die Grünen mit elf BVV-Sitzen mit der CDU, die elf Sitze hat, zusammenschließen würden: Die Mehrheit hätten sie nicht. In allen Bezirken läuft zurzeit das gleiche Prozedere: Alle Fraktionen loten aus, wo sie zusammenarbeiten können. Dann werden Zählgemeinschaften gebildet. Das sind aber keine Koalitionen. Zählgemeinschaften sind laut Bezirksverwaltungsgesetz nur nötig, um den Bürgermeister zu wählen. „Formal gesehen ist das eine Gemeinschaft, die einen Wahlvorschlag für den Bürgermeister einbringt“, sagt Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskás. Schriftliche Vereinbarungen seien genau genommen nichts weiter als ein „Gentlemen’s Agreement“: Man muss sich nicht daran halten, aber man tut es natürlich, um die Arbeit im Bezirksamt nicht zu erschweren.

Zum Thema

Online Spezial: Wahl in Berlin

In Mitte haben sich PDS und FDP bereits mit der SPD darauf verständigt, den SPD-Stadtrat Christian Hanke zum Bürgermeister zu wählen. Aber: Sie bilden offiziell keine Zählgemeinschaft. Die SPD wird am Freitag mit der PDS eine Vereinbarung unterzeichnen, in der nächsten Woche wird dann ein Vertrag mit der FDP geschlossen. Beide Verträge beinhalten Eckpunkte: **Die FDP fordert schnellere Baugenehmigungen und bessere Bedingungen für den Tourismus. Auch Genehmigungen für Clubs sollen vereinfacht werden.** Die PDS hat sich mit der SPD auf Bildung, Jugendhilfe, Integration und soziale Stadt verständigt. Während die FDP keinen Anspruch auf einen Stadtrat hat, behält die PDS wie zuvor den Stadtrat für Jugend und Finanzen.

Und sollten sich wider Erwarten Konstellationen ergeben, die die Mehrheitsverhältnisse verändern könnten, haben PDS und FDP zugesagt, doch noch eine formelle Zählgemeinschaft mit der SPD einzugehen. „Bisher ist die nicht notwendig, weil wir uns auch so verständigt haben“, sagt Hanke. Das ist politische Harmonie, die selten ist.

Sabine Beikler

Berlin

Bürgermeisterwahl wird zum Farbenspiel

Rot-Rot-Gelb gegen Schwarz in der City Ost / Schwarz-Grün gegen Rot in der City West

Birgitt Eitzel und Uwe Aulich

In den Bezirken wird um die Bürgermeisterposten gefeilscht. Zählgemeinschaften werden gebildet, um bisherige Amtsinhaber abzulösen. Dabei kommen auch ungewöhnliche Bündnisse zu Stande.

---Ungewöhnlich sind die politischen Konstellationen im Regierungsbezirk Mitte schon immer gewesen: Nach Schwarz-Rot-Grün unter Bürgermeister Joachim Zeller (CDU) hat sein Herausforderer Christian Hanke von den Sozialdemokraten jetzt ein neues Bündnis geschmiedet: Rot-Rot-Gelb heißt die Allianz - SPD, Linkspartei und FDP wollen Hanke am 26. Oktober zum Chef im Bezirk wählen. Die SPD wird heute mit der Linkspartei unter dem Titel "Rot-Rot für Mitte" eine Vereinbarung unterzeichnen, in der kommenden Woche will sie ein Abkommen mit der FDP treffen. Einen gemeinsamen Vertrag der drei Parteien gibt es aber nicht.

Mit dem Zweckbündnis kann jeder der drei Partner sein Ziel erreichen: Die SPD sichert sich den Bürgermeisterposten, die Linkspartei behält für ihren Spitzenmann Jens-Peter Heuer außer dem Ressort Finanzen auch den Jugendbereich. **Und der FDP kam es vor allem darauf an, einen grünen Baustadtrat in Mitte wie zuletzt Dorothee Dubrau zu verhindern. "Wir wollen die bürokratischen Hürden für die Gewerbetreibenden, die Clubs und die Gastronomie abbauen", sagt FDP-Bezirkschef Henner Schmidt.** Inhaltlich werde das im Vertrag mit der SPD abgesichert. Auch die Linkspartei ist zufrieden: "Wir haben erreicht, was wir wollten", so Heuer.

Zehn Jahre CDU-Herrschaft in Mitte gehen damit zu Ende. Für den bisherigen Bürgermeister Zeller ist das Ressort Wirtschaft und Immobilien im Gespräch, er soll auch das Ordnungsamt führen. Für die Grünen blieben der Sozialbereich und das Bürgeramt. Als Schwerpunkte ihrer Arbeit sehen Rot-Rot die Bereiche Bildung, Jugendpolitik, Soziale Stadt und Integration.

In Marzahn-Hellersdorf muss Bürgermeister Uwe Klett (Linkspartei.PDS) wohl seinen Hut nehmen. Der 45-Jährige gilt bei den anderen Parteien als unwählbar. Ihm werden die hohe Verschuldung des Bezirks und ein selbstherrlicher Führungsstil zur Last gelegt. "Wir wollen den Neuanfang", sagt der SPD-Kreisvorsitzende Sven Kohlmeier. Die Sozialdemokraten gehen mit dem früheren Hellersdorfer Bürgermeister Bernd Mahlke (59) ins Rennen. Mahlke gilt parteiübergreifend als Mann des Ausgleichs. Zur Bildung einer Zählgemeinschaft werden Verhandlungen mit CDU, FDP und Grünen aufgenommen.

Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg könnten Zählgemeinschaften die bisherigen Amtsinhaber kippen. Dort wollen die Grünen mit der CDU verhandeln. Die Begründungen dafür sind ähnlich: In beiden Bezirken hat die SPD Anspruch auf drei Stadträte. "Bekommt sie den Bürgermeisterposten, kann sie im Bezirksamt mit absoluter Mehrheit beschließen", sagt Andreas Koska, Fraktionschef der Bündnisgrünen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sind die schwarz-grünen Gespräche erfolgreich, könnte in der City West statt der SPD-Politikerin Monika Thiemen der bisherige Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) zum Zuge kommen. Ob in Tempelhof-Schöneberg CDU-Mann Dieter Hapel den Sozialdemokraten Ekkehard Band ablöst, bleibt abzuwarten. Erst in der nächsten Woche verhandeln dort die Grünen - sowohl mit der SPD als auch mit der CDU. Die Frage ist: Wer bietet am meisten?

Berliner Zeitung, 06.10.2006

Lesen Sie auch:

[Forderungen ganz ohne Tabu](#)

[Zwei raus, zwei rein](#)

[Wolf muss sich neuen Sprecher suchen](#)

[Das Resultat](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)